

Gemeinsame Erklärung des CNMS und des IfP, Januar 2021

Aus gegebenem Anlass weisen das Centrum für Nah- und Mitteloststudien sowie das Institut für Politikwissenschaft darauf hin, dass die Drohung mit einer Denunziation von Hochschulangehörigen bei den Sicherheitsbehörden autoritärer Regime, in denen die Religion als eine politische Legitimationsideologie instrumentalisiert wird, an der Philipps-Universität Marburg nicht geduldet wird. In einem solchen Fall behält sich die Universität vor, rechtliche Schritte einzuleiten.

Uns ist es wichtig, solchen Denunziationsversuchen auch politisch entgegenzutreten: Demokratie, Säkularität und freier wissenschaftlicher Austausch an der Universität bedingen sich wechselseitig und sind ein hohes Gut, zu dessen Schutz alle Angehörigen der Universität aufgerufen sind.

Wir verweisen diesbezüglich auf die Gemeinsame Erklärung des Instituts für Politikwissenschaft "Für freie Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft":

Universitäten kommt eine wichtige Rolle darin zu, solche demokratischen Verhältnisse zu ermöglichen. Als Angehörige der Universität Marburg nehmen wir die uns hieraus erwachsende Verantwortung ernst. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung autoritären, rassistischen, antisemitischen – und auch religiös fundamentalistischen – sowie antifeministischen Äußerungen und Praktiken entschieden entgegenzutreten und bekennen uns zu Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Antidiskriminierung.